

Positionspapier

SOG gegen die EU-Waffenrichtlinie

Bern, 4. Februar 2019. – **Gestützt auf die am 26. Januar 2019 in Bern durchgeführte Präsidentenkonferenz der kantonalen Offiziersgesellschaften und Fach-Offiziersgesellschaften spricht sich die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) gegen eine Verschärfung des Schweizer Waffengesetzes und damit gegen die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie aus, über die das Volk am 19. Mai 2019 abstimmen wird.**

Die SOG stellt sich somit gegen eine Verschärfung des Schweizer Waffengesetzes. Im Abstimmungskomitee nimmt sie nicht Einsitz. Sie wird jedoch die Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz (IGS), die das Referendum angestrebt hat, mit einem finanziellen Beitrag unterstützen. Im Weiteren ist es den 40 Mitgliedsorganisationen der SOG freigestellt, in welcher Form sie sich im Abstimmungskampf engagieren wollen.

Wie die SOG schon mehrfach erläutert hat, schiesst die EU-Waffenrichtlinie am Ziel vorbei, indem sie den legalen Waffenbesitzer, nicht aber den gefährlichen Handel mit illegalen Waffen trifft. Das liberale, dem Milizwesen verpflichtete Schweizer Waffenrecht wird unnötig eingeschränkt. Denn die EU-Waffenrichtlinie stellt keine nachhaltige Massnahme gegen die terroristische Bedrohung in der Schweiz dar.

Kontakt

Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident, +41 79 241 59 57
